



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

SATZUNG

der

**Christlich Demokratische Union
Sachsens**

Kreisverband

Landkreis Leipzig

**Beschlossen am 26.10.2018
Kreismitgliederversammlung**

A. Aufgabe, Name, Sitz	2
§ 1 (Aufgabe)	2
§ 2 (Name)	2
§ 3 (Sitz)	2
B. Mitgliedschaft	3
§ 4 (Mitgliedschaftsvoraussetzungen)	3
§ 5 (Aufnahme- und Überweisungsverfahren)	3
§ 6 (Mitgliedsrechte und -pflichten)	4
§ 7 (Beitragspflicht und Zahlungsverzug)	5
§ 8 (Beendigung der Mitgliedschaft)	5
§ 9 (Austritt)	6
§ 10 (Ordnungsmaßnahmen)	6
§ 11 (Parteiausschluss)	7
§ 12 (Zuständigkeiten bei Ausschluss)	7
C. Gliederung	8
§ 13 (Organisationsstufen)	8
§ 13a(Mitgliederbeauftragter).....	8
§ 14 (Kreisverband)	9
§ 15 (Kreisparteitag)	9
§ 16 (Kreisvorstand)	10
§ 17 (Zuständigkeiten des Kreisvorstandes)	11
§ 18 (Aufgaben des Kreisvorsitzenden)	11
§ 19 (Unterrichtungsrecht des Kreisvorstandes)	11
§ 20 (Eingriffsrechte des Kreisvorstandes)	11
§ 21 (Weisungsrecht des Landesvorstandes)	12
§ 22 (Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände)	12
§ 23 (Organe der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände)	13
D. Verfahrensordnung	14
§ 24 (Beschlussfähigkeit)	14
§ 25 (Erforderliche Mehrheit)	14
§ 26 (Abstimmungsarten)	14
§ 27 (Durchführung von Wahlen)	15
§ 28 (Sitzungsniederschriften)	16
§ 29 (Ladungsfristen und Antragsberechtigung)	16
§ 30 (Wahlperioden, Amtsbezeichnungen)	17
E. Sonstige Bestimmungen	17
§ 31 (Kreisparteigericht)	17
§ 32 (Finanzierung der Aufgaben im Kreisverband)	18
§ 33 (Finanzwirtschaft des Kreisverbandes)	18
§ 34 (Geschäftsjahr)	18
§ 35 (Gesetzliche Vertretung)	18
§ 36 (Haftung für Verbindlichkeiten)	18
§ 37 (Geschäftsführung)	19
§ 38 (Protokollpflicht)	19
§ 39 (Auflösung des Kreisverbandes)	19
§ 40 (Vermögen bei Auflösung)	20
§ 41 (Satzungsänderungen)	20
§ 42 (Widerspruchsfreies Satzungsrecht)	20
§ 43 (Inkrafttreten der Satzung)	20
F. Finanz- und Beitragsordnung des CDU Kreisverbandes (FBO)	21
§ 1 Grundsätze der Finanzwirtschaft	21
§ 2 Haushaltplan	21
§ 3 Gesetzlicher Rechenschaftsbericht	21
§ 4 Herkunft der Mittel	21
§ 5 Beitragspflicht	22
§ 6 Beitragseinzug	22
§ 7 Spenden	22
§ 8 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Steuerpflicht	23
§ 9 Kreisverband als Arbeitgeber	23
§ 10 Buchführung.....	23
§ 11 Rechenschaftsbericht nach § 24 Parteiengesetz	23
§ 12 Beitragsrückstand, Stimmrecht	24
§ 13 Zuschüsse an Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände.....	24
§ 14 Inkrafttreten	24
Anhang zur Finanz- und Beitragsordnung	25

Satzung des CDU Kreisverband Landkreis Leipzig

Beschlossen von der Kreismitgliederversammlung am 26.10.2018

A. Aufgabe, Name, Sitz

§ 1 (Aufgabe)

(1) Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Kreisverband Landkreis Leipzig ist die Zusammenfassung aller Mitglieder der CDU im Landkreis Leipzig. Der Kreisverband will das öffentliche Leben im Dienste des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten und einer übergreifenden europäischen Ordnung mitwirken.

(2) Der Kreisverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen in seinem Bereich, wobei er an die erklärten Ziele und Statuten der übergeordneten CDU Verbände gebunden ist.

(3) Der Kreisverband hat die Aufgabe, durch seine Organe und nachgeordneten Gliederungen, Vereinigungen und Sonderorganisationen

- a) das Gedankengut der CDU zu verbreiten und für die Ziele der CDU zu werben,
- b) neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen,
- c) die politische Willensbildung in allen Organen der CDU und im öffentlichen Leben zu fördern.

§ 2 (Name)

Der Kreisverband führt den Namen Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Kreisverband Landkreis Leipzig, seine Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände führen zusätzlich ihre entsprechenden Namen.

§ 3 (Sitz)

Der Sitz des Kreisverbandes ist Wurzen

B. Mitgliedschaft

§ 4 (Mitgliedschaftsvoraussetzungen)

(1) Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands kann jeder werden, der ihre Ziele zu fördern bereit ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat.

(2) Wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union nicht besitzt, kann als Gast in der Partei mitarbeiten. Er kann in die Partei aufgenommen werden, wenn er nachweisbar seit mindestens 3 Jahren berechtigterweise ununterbrochen im jetzigen Geltungsbereich des Grundgesetzes wohnt und ein Jahr vor der Aufnahme als Gast in der Partei mitgearbeitet hat.

(3) Wer nicht Mitglied einer anderen Partei oder einer mit der CDU sonst konkurrierenden Gruppierung im Tätigkeitsgebiet der CDU ist, der CDU nahe steht und sich ihren Grundwerten und Zielen verbunden weiß, kann auf schriftlichen Antrag durch Beschluss des zuständigen Kreisvorstandes den Status eines Gastmitgliedes erhalten. Ein Gastmitglied kann an allen Mitgliederversammlungen teilnehmen und hat dort Rede-, Antrags- und Vorschlagsrecht. An Wahlen und Abstimmungen können Gastmitglieder nicht teilnehmen. Die Gastmitgliedschaft ist grundsätzlich beitragsfrei und endet nach Ablauf eines Jahres automatisch, falls nicht das Gastmitglied vorher der CDU beitrifft.

(4) Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei innerhalb des Tätigkeitsgebietes der CDU oder in einer anderen politischen mit der CDU konkurrierenden Gruppe oder deren parlamentarischen Vertretung, schließt die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in der CDU aus.

(5) Bei der Beantragung der Mitgliedschaft für die CDU ist über frühere Parteimitgliedschaften Auskunft zu geben.

§ 5 (Aufnahme- und Überweisungsverfahren)

(1) Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Der Aufnahmeantrag muss schriftlich, in Textform oder auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der Kreisvorstand innerhalb von 4 Wochen nach bestätigtem Eingang des Aufnahmeantrags. Der zuständige Ortsverband wird innerhalb dieses Zeitraumes angehört. Ist dem Kreisverband im Einzelfall aus wichtigem Grund keine Entscheidung innerhalb der vorgenannten Frist möglich, verlängert sich diese um weitere 2 Wochen. Hierüber ist der Bewerber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Eine erneute Fristverlängerung ist unzulässig. Trifft der Kreisvorstand innerhalb von 6 Wochen keine ablehnende Entscheidung, gilt der Antrag als angenommen. Die Satzung des Kreisverbandes muss im Rahmen des Aufnahmeverfahrens eine Anhörung des Vorsitzenden des Orts-, des Stadt- oder Gemeindeverbandes vorsehen.

(2) Über die Aufnahme kann auch im Umlaufverfahren entschieden werden. Das Umlaufverfahren ist unzulässig, wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder des Vorstandes ausdrücklich widerspricht. Die Aufnahme im Umlaufverfahren erfordert eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Vorstandes. Die Einleitung des Umlaufverfahrens, Widersprüche gegen dessen Durchführung und Abstimmungen im Umlaufverfahren müssen schriftlich oder auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) erfolgen. Die Durchführung eines Umlaufverfahrens kann auch in einer Sitzung des Kreisvorstandes beschlossen werden.

(3) Zuständig ist in der Regel der Kreisverband des Wohnsitzes. Auf begründeten Wunsch des Bewerbers kann die Aufnahme auch durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes erfolgen. Vor Aufnahme des Mitgliedes durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes ist der Kreisverband des Wohnsitzes zu hören.

(4) Über Ausnahmeregelungen bei der Aufnahme und bei Überweisungen entscheidet der Landesvorstand.

(5) Wird der Aufnahmeantrag durch den Kreisverband des Wohnsitzes oder den Kreisverband des Arbeitsplatzes abgelehnt, so ist der Bewerber berechtigt, binnen eines Monats beim Landesvorstand Einspruch zu erheben. Der Landesvorstand entscheidet nach Anhörung des Gemeinde-, Stadt- oder Ortsverbandes und des Kreisverbandes endgültig über den Antrag des Bewerbers.

(6) Innerhalb des Kreisverbandes wird das Mitglied in der Regel in demjenigen Stadt-/Gemeindeverband bzw. Ortsverband geführt, in welchem es wohnt. Auf begründeten Wunsch des Mitgliedes kann der Kreisvorstand Ausnahmen zulassen.

§ 6 (Mitgliedsrechte und -pflichten)

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, an Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Gesetze und der satzungsrechtlichen Bestimmungen teilzunehmen.

(2) Nur Mitglieder können in Organe und Gremien der Partei und aller ihrer Gebietsverbände gewählt werden.

(3) Parteimitglieder sollen nicht mehr als 3 Vorständen in der Partei - gleichgültig auf welcher Organisationsstufe - gleichzeitig angehören. Vorstandsämter in den Vereinigungen werden hierauf nicht angerechnet.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, sich für die CDU einzusetzen. Die Inhaber von Parteiämtern und Mandaten haben die ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft und nach besten Kräften zu erfüllen. Inhaber von Parteiämtern sind verpflichtet, den zuständigen Parteiorganen über ihre Tätigkeit zu berichten. Mandatsinhaber informieren die Parteigremien auf Anfrage über ihr Wirken.

(5) Mitglieder sind berechtigt Sachanträge an den Landesparteitag zu stellen. Diese müssen jeweils von mindestens **50** Mitgliedern gestellt werden. Alle Sachanträge sind zu begründen. In dem Sachantrag sind zwei Vertrauensleute zu benennen, die gemeinsam berechtigt sind, über den Sachantrag zu verfügen sowie Erklärungen abzugeben und entgegen zu nehmen.

(6) Für die Gleichstellung von Frauen und Männern gilt § 15 des Bundesstatutes entsprechend

§6a (Mitgliederbefragung)

(1) Eine Mitgliederbefragung ist auf der Ebene des Kreisverbandes in Sach- und Personalfragen zulässig.

(2) Sie ist durchzuführen, wenn sie von einem Drittel der nachgeordneten Gebietsverbände beantragt wird und der Kreisvorstand die Durchführung mit der absoluten Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließt.

§ 7 (Beitragspflicht und Zahlungsverzug)

(1) Jedes Mitglied hat die Verpflichtung, regelmäßig Beiträge zu entrichten. Näheres regelt die Finanz- und Beitragsordnung.

(2) Die Rechte eines Mitgliedes ruhen, wenn es länger als **6 Monate** mit der Beitragszahlung schuldhaft im Verzug ist.

(3) Erheblich gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer seinen Pflichten als Mitglied beharrlich dadurch nicht nachkommt, dass er über einen längeren Zeitraum trotz Zahlungsfähigkeit und trotz Mahnung seine persönlichen monatlichen Mitgliedsbeiträge oder seine etwaigen, satzungsrechtlich festgelegten monatlichen Beiträge als Amts- oder Mandatsträger der CDU (Sonderbeiträge) nicht entrichtet.

§ 8 (Beendigung der Mitgliedschaft)

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, durch Austritt oder durch Ausschluss. Die Mitgliedschaft eines Mitgliedes ohne deutsche Staatsangehörigkeit endet auch, wenn durch Verlust der Aufenthaltsgenehmigung die Voraussetzung für Aufnahme und Zugehörigkeit zur Partei entfallen ist.

(2) Der Kreisvorstand kann mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder eine Aufnahmeentscheidung widerrufen, wenn das betreffende Mitglied in seinem Aufnahmeantrag oder sonst zu entscheidungserheblichen Fragen schuldhaft falsche Angaben gemacht oder wesentliche Umstände verschwiegen hat. Das Mitglied kann gegen den Widerruf der Aufnahmeentscheidung innerhalb von einem Monat Beschwerde an den zuständigen Landesverband einlegen, über die der Landesvorstand endgültig entscheidet.

§ 9 (Austritt)

(1) Der Austritt ist dem Kreisverband schriftlich zu erklären. Er wird mit Zugang beim Kreisverband wirksam.

(2) Als Erklärung des Austritts aus der Partei ist zu behandeln, wenn ein Mitglied mit seinen persönlichen Mitgliedsbeiträgen sowie mit etwaigen Sonderbeiträgen länger als **6 Monate** im Zahlungsverzug ist, innerhalb dieser Zeit schriftlich gemahnt wurde und anschließend auf eine **zweite** als Einschreibebrief erfolgte Mahnung trotz Setzung einer weiteren Zahlungsfrist von einem Monat und trotz schriftlicher Hinweise auf die Folgen einer weiteren Zahlungsverweigerung, die rückständigen Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt. Der Kreisvorstand stellt die Beendigung der Mitgliedschaft fest und hat dies dem ausgeschiedenen Mitglied schriftlich mitzuteilen.

(3) Alle Veränderungen in der Mitgliedschaft hat der Kreisverband unverzüglich der Zentralen Mitgliederkartei zu melden.

§ 10 (Ordnungsmaßnahmen)

(1) Durch den Kreisvorstand, den Landesvorstand und den Bundesvorstand können Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern getroffen werden, wenn diese gegen die Satzung der Partei oder gegen ihre Grundsätze oder Ordnung verstoßen.

(2) Ordnungsmaßnahmen sind:

- a. Verwarnung
- b. Verweis
- c. Enthebung von Parteiämtern
- d. Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit.

Alle Ordnungsmaßnahmen sind schriftlich zu begründen. Die Anordnung der Maßnahme und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Ordnungsmaßnahmen sind nach der Parteigerichtsordnung anfechtbar.

(3) Für die Mitglieder des Landesvorstandes ist nur der Landes- oder der Bundesvorstand, für Mitglieder des Bundesvorstandes ist nur der Bundesvorstand zuständig.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten im Verhältnis zwischen den Vereinigungen bzw. den Sonderorganisationen und ihren Mitgliedern entsprechend.

§ 11 (Parteiausschluss)

(1) Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung der Partei oder erheblich gegen deren Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit einen schweren Schaden zufügt (§ 10, Abs. 4, Parteiengesetz).

(2) Voraussetzung des Ausschlusses eines Mitgliedes ist die Feststellung seines parteischädigenden Verhaltens oder die beharrliche Missachtung seiner satzungsgemäßen Pflichten.

(3) Parteischädigend verhält sich insbesondere, wer:

- a) zugleich einer anderen Partei innerhalb des Tätigkeitsgebietes der CDU oder einer anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppe oder deren parlamentarischen Vertretung angehört,
- b) als Mitglied der CDU einer Organisation angehört oder eine solche fördert, deren Ziele nach dem sachlich gerechtfertigten Verständnis der Partei die gleichzeitige Verfolgung der Ziele und Grundsätze der Partei ausschließen, und dadurch die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Partei beeinträchtigt,
- c) als Mitglied der CDU gegen einen auf einer Mitgliederversammlung oder Vertreterversammlung der CDU nominierten Kandidaten bei der Wahl als unabhängiger Bewerber auftritt,
- d) in Versammlungen politischer Gegner, in deren Rundfunk-, Fernsehsendungen oder Presseorganen und in elektronischen Medien gegen die erklärte Politik der Union Stellung nimmt,
- e) als Kandidat der CDU in eine Vertretungskörperschaft gewählt ist und der CDU-Fraktion nicht beitrifft oder aus ihr ausscheidet,
- f) vertrauliche Parteivorgänge veröffentlicht oder an politische Gegner weitergibt,
- g) Vermögen der Partei veruntreut,
- h) wissentlich falsche Angaben zu seiner Person oder zu seiner politischen Vergangenheit machen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten im Verhältnis zwischen den Vereinigungen bzw. Sonderorganisationen und ihren Mitgliedern entsprechend.

§ 12 (Zuständigkeiten bei Ausschluss)

(1) Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des örtlich zuständigen Kreisvorstandes, des Landesvorstandes oder des Bundesvorstandes das nach der Parteigerichtsordnung zuständige Parteigericht.

(2) Für den Ausschlussantrag gegen Mitglieder des Landesvorstandes ist nur der Landesvorstand oder der Bundesvorstand, für Mitglieder des Bundesvorstandes ist nur der Bundesvorstand zuständig.

(3) In Ausschlussverfahren gegen Mitglieder des Bundesvorstandes ist das Landesparteigericht in erster Instanz anzurufen.

(4) Alle Entscheidungen der Parteigerichte in Ausschlussverfahren sind schriftlich zu begründen.

(5) In dringenden oder schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, können der zuständige Kreisvorstand, der Landesvorstand und der Bundesvorstand ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur rechtskräftigen Entscheidung der zuständigen Parteigerichte ausschließen. Ein solcher Vorstandsbeschluss gilt gleichzeitig als Antrag auf Einleitung eines Ausschlussverfahrens. Die Parteigerichte haben in jeder Lage des Verfahrens zu prüfen, ob die Maßnahme nach Umfang und Fortdauer noch erforderlich ist. Soll sie über die abschließende Entscheidung einer Parteigerichtsinstanz hinaus wirksam bleiben, so ist sie in dieser Entscheidung erneut anzuordnen; sonst tritt sie mit deren Bekanntmachung außer Kraft.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten im Verhältnis zwischen den Vereinigungen bzw. den Sonderorganisationen und ihren Mitgliedern entsprechend.

C. Gliederung

§ 13 (Organisationsstufen)

Die Organisationsstufen des Kreisverbandes sind:

1. Der Kreisverband
2. die Stadt-/Gemeindeverbände, die in Ortsverbände gegliedert sein können.

§13a Mitgliederbeauftragter

Dem Vorstand jeder Organisationsstufe nach § 13 Abs. 1 gehört ein Mitgliederbeauftragter an, der von der Mitgliederversammlung oder dem Parteitag der jeweiligen Organisationsstufe gesondert gewählt wird. Zum Mitgliederbeauftragten kann auch ein sonstiges gewähltes Mitglied des Vorstandes gewählt werden. Der Mitgliederbeauftragte berichtet regelmäßig im Vorstand und der Mitgliederversammlung oder dem Parteitag.

§ 14 (Kreisverband)

- (1) Der Kreisverband ist die Organisation der CDU in den Grenzen eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt. Der Kreisverband kann auch mehrere Verwaltungskreise umfassen.
- (2) Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit eigener Satzung und selbständiger Kassenführung.
- (3) Der Kreisverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereiches, insbesondere für die Aufnahme von Mitgliedern, die Kassenführung, den Einzug und die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge.
Der Kreisverband kann seinen Untergliederungen gestatten, in seinem Auftrag und unter seiner vollen Aufsicht über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die dazugehörigen Belege eine Kasse zu führen.
- (4) Organe des Kreisverbandes sind Kreisparteitag und Kreisvorstand.
- (5) Entsprechend der Landessatzung § 28 können Vereinigungen und Sonderorganisationen auf Kreisverbandsebene gebildet werden.
- (6) Der Kreisverband informiert den Landesverband vierteljährliche über alle für die Parteiarbeit wesentlichen Vorgänge, insbesondere die Mitgliederbewegungen.
- (7) Beschlüsse und Maßnahmen der Kreis-, Stadt-, Gemeinde-, und Ortsverbände dürfen nicht im Gegensatz zu den von der Bundespartei, der Landespartei und der Kreispartei erklärten Grundsätzen stehen.

§ 15 (Kreisparteitag)

- (1) Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbandes.
- (2) Der Kreisparteitag findet als Mitgliederversammlung statt.
- (3) Der Kreisparteitag ist zuständig für:
 1. Beschlussfassung über die Politik des Kreisverbandes,
 2. Beschlussfassung über die Satzung des Kreisverbandes einschließlich der Verfahrensordnungen zur Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Wahlen und der Finanz- und Beitragsordnung,
 3. Wahl der Mitglieder des Kreisvorstandes

4. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landes- und Bundesparteitag, sowie der Vertreter und Ersatzvertreter für die Landesvertreterversammlung
5. Entgegennahme der Berichte des Kreisvorstandes, des Schatzmeisters und der Rechnungsprüfer,
6. Entlastung des Kreisvorstandes,
7. Wahl des Vorsitzenden und weiteren zwei ordentlichen sowie mindestens 3 stellvertretenden Mitgliedern des Kreisparteigerichtes,
8. Wahl von drei Rechnungsprüfern, die dem Vorstand nicht angehören dürfen,
9. Beschlussfassung über die Auflösung des Kreisverbandes.

(4) Der Kreisparteitag tritt mindestens einmal im Jahr zusammen und wird durch den Kreisvorstand einberufen. Der Kreisparteitag muss unter Beachtung der Ladungsfrist einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder ein Drittel der dem Kreisverband angehörenden Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände dies schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnungspunkte verlangt.

§ 16 (Kreisvorstand)

(1) Dem Kreisvorstand gehören an:

als gewählte Mitglieder:

1. der Kreisvorsitzende
2. 4 stellvertretende Kreisvorsitzende
3. der Kreisschatzmeister
4. 13 gewählte Mitglieder (Beisitzer)
5. der Mitgliederbeauftragte

An den Sitzungen des Kreisvorstandes nehmen beratend teil:

1. die Kreisvorsitzenden der Vereinigungen und Sonderorganisationen,
2. der Kreisgeschäftsführer.
3. der Landrat oder ein Beigeordneter, falls derjenige CDU Mitglied ist
4. der Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag
5. MdEP, MdB MdL sofern der Kreisverbandes im Gebiet ihres Wahlkreises liegt.
sowie Minister,

(2) Der Kreisvorsitzende, die stellvertretenden Kreisvorsitzenden und der Kreisschatzmeister bilden den geschäftsführenden Kreisvorstand. Er erledigt die laufenden und dringlichen Geschäfte des Kreisverbandes.

An den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes nimmt beratend teil:
der Kreisgeschäftsführer

§ 17 (Zuständigkeiten des Kreisvorstandes)

(1) Der Kreisvorstand ist zuständig für die Leitung des Kreisverbandes. Er ist dabei an die Beschlüsse des Kreisparteitages gebunden. Ihm obliegt insbesondere:

1. die Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben des Kreisverbandes
2. die Vorbereitung der Kreisparteitage und die Durchführung der von den Kreisparteitagen gefassten Beschlüsse.
3. die Förderung der Arbeit der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände.
4. die Abgrenzung der regionalen Verbände nach § 13 dieser Satzung im Einvernehmen mit den betroffenen Verbänden,
5. die Vorbereitung der Kandidatenaufstellung für die Wahlen zum Kreistag, zu Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten.
6. die Verabschiedung des Haushaltsplanes des Kreisverbandes.

(2) Der Kreisvorstand hat die Mitglieder über alle wichtigen politischen Fragen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik anzuregen.

(3) Besondere politische Ereignisse im Kreisverband sind unverzüglich dem Landesverband zu melden

§ 18 (Aufgaben des Kreisvorsitzenden)

1. Der Kreisvorsitzende vertritt den Kreisvorstand nach innen und nach außen sowie gerichtlich und außergerichtlich. Er ist dabei an die Beschlüsse der Organe des Kreisverbandes gebunden.

Ist der Kreisvorsitzende verhindert wird der Kreisverband durch einen der stellvertretenden Kreisvorsitzenden gemeinsam mit dem Kreisschatzmeister vertreten.

2. Der Kreisvorsitzende oder ein anderes von ihnen beauftragtes Mitglied des Kreisvorstandes hat das Recht, an allen Versammlungen und Sitzungen der Organe aller Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen teilzunehmen. Er muss jederzeit gehört werden.

§ 19 (Unterrichtungsrecht des Kreisvorstandes)

Der Kreisvorstand kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände unterrichten.

§ 20 (Eingriffsrechte des Kreisvorstandes)

Erfüllen die Gemeinde-, Stadt- und Ortsverbände die ihnen nach der Satzung obliegenden Pflichten und Aufgaben nicht, so kann der Kreisvorstand das Erforderliche veranlassen, im äußersten Falle einen Beauftragten einsetzen, der vorübergehend die Aufgaben des Vorstandes wahrnimmt.

§ 21 (Weisungsrecht des Landesvorstandes)

Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen zu den Wahlen für den Sächsischen Landtag, den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament sind die nachgeordneten Gebietsverbände, die Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU an die Weisungen des Generalsekretärs der CDU Sachsen gebunden.

§ 22 (Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände)

(1) Ein Gemeindeverband kann auch mehrere Gemeinden umfassen. Ihm entspricht in den kreisangehörigen Städten der Stadtverband.

(2) Gründung, Abgrenzung und Auflösung der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände sind Aufgabe des Kreisvorstandes. Diese Maßnahmen sind möglichst einvernehmlich durchzuführen. Bei Unstimmigkeiten entscheidet der Landesvorstand.

(3) Ortsverbände können auch als Untergliederungen von Gemeindeverbänden existieren, wenn in der betreffenden Gemeinde gemäß § 65 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen für einzelne Ortsteile die Ortschaftsverfassung eingeführt wurde.

(4) Der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverband ist in seinem Bereich zuständig für:

1. die Einbeziehung aller seiner Mitglieder in die politische Arbeit und die unterschiedlichsten Aktivitäten und Vorhaben des Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbandes,
2. die Information des Kreisvorstandes und für die aktive Mitarbeit seiner Mitglieder in allen Parteistrukturen mit dem Ziel der Beförderung von politischen Anliegen und Wünschen der Parteibasis an die gewählten Vertreter des CDU-Kreisverbandes in den Parlamenten und Vertretungskörperschaften,
3. die Werbung von Mitgliedern,
4. die Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen in Verbindung mit dem Kreisverband, sowie die Heranbildung und Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Vertretungskörperschaften, welche nach der Verfahrensordnung des CDU Landesverbandes geregelt ist.

5. Bei der Durchführung der übertragenen Aufgaben, Richtlinien und Beschlüsse des Gemeinde-, Stadt- und Kreisverbandes gebunden.

(5) Alle organisatorischen und politischen Maßnahmen der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände sollten nur im Einvernehmen mit dem Kreisverband getroffen werden.

(6) Vereinigungen und Sonderorganisationen können mit Zustimmung des Kreisvorstandes auch als Stadt-, Gemeinde- oder Ortsverbände gebildet werden.

§23 (Organe der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände)

(1) Organe der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände sind Mitgliederversammlung und Vorstand.

(2) Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung:
1. Beschlussfassung über die Politik der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände
2. Wahl der Mitglieder des Vorstands
3. Entlastung des Vorstands

(3) Der Stadt-, Gemeinde- und Ortsvorstand besteht aus:
1. dem Vorsitzenden,
2. mindestens einem Stellvertreter,
3. dem Schatzmeister
4. und weiteren Mitgliedern (Beisitzer), deren Anzahl sich nach den Erfordernissen des Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbandes richtet.
5. dem Mitgliederbeauftragten

(4) Die Vorstandsmitglieder des Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbandes werden in getrennten Wahlgängen gewählt.

(5) Alle Wahlen von Vorstandsmitgliedern sind als geheime Wahlen durchzuführen. Alle anderen Abstimmungen können offen vorgenommen werden, sofern kein Widerspruch erfolgt.

(6) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen und wird durch den Vorstand einberufen.

Die Mitgliederversammlung ist unter Beachtung der Ladungsfrist einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnung verlangt.

D. Verfahrensordnung

§ 24 (Beschlussfähigkeit)

(1) Die Parteiorgane sind beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen worden sind und wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Parteiorgane bleiben beschlussfähig, solange nicht auf Antrag die Beschlussunfähigkeit festgestellt ist. Mitgliederversammlungen sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn zu diesen Versammlungen satzungsgemäß eingeladen wurde.

(2) Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die ihrer Beitragspflicht nachgekommen sind.

(3) Bei Beschlussunfähigkeit hat der Vorsitzende die Sitzung sofort aufzuheben und die Zeit und die Tagesordnung für die nächste Sitzung zu verkünden; er ist dabei an die Form und die Frist für die Einberufung des Organs nicht gebunden. Die Sitzung ist dann in jedem Fall beschlussfähig; darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(4) Ergibt sich die Beschlussunfähigkeit während der Sitzung bei einer Abstimmung oder Wahl, so wird in einer der nächsten Sitzung erneut abgestimmt oder gewählt. Stimmenthaltungen oder ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit.

§ 25 (Erforderliche Mehrheit)

(1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen zählen nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(2) Für Satzungsänderungen ist die Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.

Für den Auflösungsbeschluss ist eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder des Parteitages notwendig.

§ 26 (Abstimmungsarten)

(1) Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen, es sei denn, dass ein Viertel der anwesenden Mitglieder geheime Abstimmung verlangt oder die geheime Abstimmung nach der Satzung erfolgen muss.

Dies kann auch auf elektronischem Wege mit einer vom BSI zertifizierten Methode erfolgen.

(2) Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlussfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung einer Mehrheit

§ 27 (Durchführung von Wahlen)

(1) Die Mitglieder des Kreisvorstandes sowie die Delegierten für den Landesparteitag und Bundesparteitag werden geheim durch Stimmzettel gewählt.

(2) Der Kreisvorsitzende, der Schatzmeister und der Mitgliedsbeauftragte sind einzeln zu wählen, sie bedürfen zu ihrer Wahl der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen des Kreisparteitages. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt.

(3) Die Wahl der 4 stellvertretenden Kreisvorsitzenden erfolgt in einem Wahlgang. Der Stimmzettel muss die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge enthalten. Die Stimmzettel, auf denen nicht mindestens 50 % der zu wählenden Stellvertreter angekreuzt sind, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind als Stellvertreter zu wählen sind, sind ebenfalls ungültig. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, erfolgt unter den nicht gewählten Kandidaten Stichwahl. Erhalten mehr als 4 Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, so sind die Kandidaten mit den höheren Stimmenzahlen in der Reihenfolge nach Stimmenzahl gewählt. Ist die Entscheidung zwischen Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, erfolgt sie durch Stichwahl. In diesem Fall genügt die einfache Mehrheit.

(4) Die Wahl der weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes erfolgt in einem weiteren Wahlgang. Der Stimmzettel muss die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge enthalten. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens dreiviertel der zu wählenden Kreisvorstandsmitglieder angekreuzt sind, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind als Mitglieder des Kreisvorstandes zu wählen sind, sind ebenfalls ungültig.

Bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes (Beisitzer) sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl in der Reihenfolge der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt, auch wenn sie nicht die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreichen. Entfallen auf die letzten Stellen der noch zu besetzenden Sitze zwei oder mehrere Kandidaten mit gleich vielen Stimmen, so werden alle in eine Stichwahl einbezogen. Auch hier sind die Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen in der Reihenfolge nach Stimmenzahlen gewählt.

(5) Für die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag und zum Bundesparteitag gilt § 27 Abs. 4. dieser Satzung entsprechend.

Nichtgewählte Kandidaten sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen Ersatzdelegierte. Ändert sich im Laufe der Amtszeit von Delegierten die Delegiertenzahl, so werden entsprechend der Stimmenzahl die in der Reihenfolge letzten Delegier-

ten erste Ersatzdelegierte oder die nach Stimmenzahl ersten Ersatzdelegierten Delegierte.

(6) Alle sonstigen Wahlen können durch Handzeichen oder mit der erhobenen Stimmkarte durchgeführt werden, wenn sich auf Befragung kein Widerspruch erhebt und keine gesetzliche Bestimmung entgegensteht.

(7) Die Vorschriften der §§ 24 bis 27 dieser Satzung gelten sinngemäß für die Abstimmungen und die Wahlen in allen Parteigremien der regionalen Organisationsstufen.

§ 28 (Sitzungsniederschriften)

Über die Sitzungen des Kreisparteitages und des Kreisvorstandes werden Niederschriften gefertigt, die vom Vorsitzenden und dem Protokollanten unterzeichnet werden.

§ 29 (Ladungsfristen und Antragsberechtigung)

(1) Ordentliche Kreisparteitage müssen unter Bekanntgabe der Tagesordnung zwei Wochen vorher einberufen werden. Außerordentliche Parteitage können mit einer Frist von mindestens einer Woche einberufen werden.

(2) Anträge zum ordentlichen Kreisparteitag müssen spätestens eine Woche vor dem Tagungstermin bei der Kreisgeschäftsstelle schriftlich eingegangen sein.

(3) Antragsberechtigt sind:

3.1. der Kreisvorstand

3.2. die Vorstände der Gemeinde-, Stadt-, bzw. Ortsverbände

3.3. die Vorstände der Vereinigungen und Sonderorganisationen

3.4. jedes Mitglied, wenn sein Antrag die Unterstützung von **10** weiteren Mitgliedern hat.

(4) Außerdem können Initiativanträge zu aktuellen politischen Fragen von mindestens **10** Stimmberechtigten eingebracht werden.

(5) Der Kreisvorstand ist vom Kreisvorsitzenden, im Verhinderungsfall von einem Stellvertreter, mit einer Frist von zwei Wochen einzuberufen. In Eilfällen kann er telefonisch mit einer Einladungsfrist von mindestens drei Tagen einberufen werden. Die Einberufung erfolgt unter Bekanntgabe der Tagesordnung.

(6) Alle Einladungsfristen beginnen mit dem Datum des Poststempels oder eines vergleichbaren Nachweises der Absender.

Der Versand einer Einladung auf elektronischem Wege (z. B. E-Mail) steht dem Postweg gleich, sofern das stimmberechtigte Mitglied vorher schriftlich, auf elektronischem Wege (z. B. E-Mail) oder im Rahmen eines über das Internet durchgeführten Autorisierungsverfahrens darin eingewilligt hat.

(7) Ladungsfristen gelten für die Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände analog.

§ 30 (Wahlperioden, Amtsbezeichnungen)

(1) Zu allen Parteigremien ist mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zu wählen.

(2) Die Amtszeit von Parteigremien und Gremienmitgliedern endet:

2.1. Mit dem Ende der jeweiligen Versammlung, die die entsprechenden Neuwahlen vorgenommen hat,

2.2. mit der Amtsniederlegung,

2.3. spätestens mit Ablauf der gesetzlichen Frist.

(3) Die Amtszeit aller Delegierten und Ersatzdelegierten zu übergeordneten Gremien beginnt mit dem ersten Sitzungstag des jeweiligen Gremiums und endet mit dem Ende der jeweiligen Versammlung, die die entsprechenden Neuwahlen vorgenommen hat, spätestens jedoch nach 24 Monaten.

E. Sonstige Bestimmungen

§ 31 (Kreisparteigericht)

(1) Das Kreisparteigericht besteht aus drei ordentlichen und mindestens drei stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorsitzende muss die Befähigung zum Richteramt haben.

(2) Die Mitglieder des Kreisparteigerichtes sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie müssen der CDU angehören. Mitglieder und Stellvertreter dürfen weder einem Parteivorstand angehören noch in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder zu einem Gebietsverband stehen noch von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen; sie dürfen auch nicht Mitglied oder Stellvertreter eines anderen Parteigerichtes sein.

(3) Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Kreisparteigerichtes werden vom Kreisparteitag für eine Wahlperiode von vier Jahren gewählt.

(4) Die Zuständigkeit des Kreisparteigerichtes und das Verfahren ergeben sich, soweit nicht in der Satzung geregelt, aus der Parteigerichtsordnung der CDU (PGO).

(5) Für mehrere Kreisverbände kann ein gemeinsames Kreisparteigericht gebildet werden. Dabei wählt jeder Kreisverband auf dem Kreisparteitag ordentliche und stellvertretende Mitglieder gemäß Bestimmung § 3 Abs. 1 PGO Bundesstatut.

Der Landesgeschäftsführer regelt in Abstimmung mit den beteiligten Kreisverbänden, wo sich die Geschäftsstelle des gemeinsamen Kreisparteigerichtes befindet.

§ 32 (Finanzierung der Aufgaben im Kreisverband)

(1) Die zur Durchführung der Aufgaben erforderlichen Mittel werden insbesondere durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Sonderbeiträge aufgebracht.

(2) Dem Kreisverband obliegen der Einzug der Mitgliedsbeiträge und die Abführung der Beitragsanteile.

§ 33 (Finanzwirtschaft des Kreisverbandes)

(1) Die Finanzwirtschaft des Kreisverbandes folgt den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung. Die Kassenführung des Kreisverbandes erfolgt in der Kreisgeschäftsstelle.

(2) Der Haushaltsplan des Kreisverbandes wird vom Kreisschatzmeister aufgestellt und vom Kreisvorstand verabschiedet.

(3) Über Herkunft und Verwendung der Mittel, die dem Kreisverband innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) zugeflossen sind sowie über das Vermögen des Kreisverbandes ist im Rechenschaftsbericht Rechenschaft zu geben.

(4) Einzelheiten regelt die Finanz- und Beitragsordnung des Kreisverbandes.

§ 34 (Geschäftsjahr)

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 35 (Gesetzliche Vertretung)

(1) Der Kreisverband wird im Rahmen seiner jeweiligen Zuständigkeit durch seinen Vorstand vertreten. Vorstand in diesem Sinne ist der Vorsitzende oder der Schatzmeister gemeinsam mit einem der stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Der Kreisgeschäftsführer ist zu Rechtsgeschäften ermächtigt, die der ihm zugewiesene Aufgabenbereich gewöhnlich mit sich bringt (§ 30 BGB).

§ 36 (Haftung für Verbindlichkeiten)

(1) Für rechtsgeschäftliche Verpflichtungen haften die Mitglieder gesamtschuldnerisch nur mit dem Verbandsvermögen.

(2) Für die Haftung der Mitglieder wegen unerlaubter Handlungen der Parteivorstände oder anderer, satzungsgemäß berufener Vertreter, gilt § 31 BGB.

(3) Im Innenverhältnis haftet der Kreisverband für Rechtsverbindlichkeiten eines nachgeordneten Verbandes nur, wenn er dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat.

§ 37 (Geschäftsführung)

(1) Die Geschäfte des Kreisverbandes einschließlich der Gemeinde-, Stadt- und Ortsverbände werden auf Weisung des Kreisvorstandes durch die Kreisgeschäftsstelle geführt.

(2) Der Kreisgeschäftsführer leitet die Kreisgeschäftsstelle. Er ist gegenüber dem Kreisvorstand verantwortlich. Er kann an allen Veranstaltungen der Organe des Kreisverbandes, der Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände, teilnehmen.

§ 38 (Protokollpflicht)

(1) Über die Sitzungen der Parteiorgane sind Niederschriften zu fertigen. Sie müssen die Anträge, Beschlüsse, Abstimmungs- und Wahlergebnisse enthalten. Die Niederschriften sind von dem Vorsitzenden oder einem Stellvertreter sowie dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 39 (Auflösung des Kreisverbandes)

(1) Der Kreisverband kann sich auflösen, wenn zu diesem Zweck ein besonderer Kreisparteitag einberufen wird. Der Beschluss über die Auflösung bedarf einer Mehrheit von Dreiviertel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Kreisparteitages.

(2) Hat der Kreisparteitag die Auflösung beschlossen, so führt der Kreisvorstand eine Urabstimmung durch.

(3) Der Kreisvorstand bestimmt den Tag und die Zeit der Abstimmung sowie die einheitliche Form der Stimmzettel.

(4) Der Stimmzettel muss den Wortlaut des Beschlusses des Kreisparteitages enthalten und so gestaltet sein, dass das Mitglied mit „ja“ oder „nein“ abstimmen kann. Darüber hinaus darf der Stimmzettel keine weiteren Angaben enthalten. Stimmzettel sind nur gültig, wenn sie entweder mit ja oder nein gekennzeichnet sind. Die Abstimmung ist geheim.

(5) Die Urabstimmung erfolgt in besonders einberufenen Versammlungen der Mitglieder der Stadt-, Gemeinde- und der Ortsverbände, zu denen alle stimmberechtigten Mitglieder 14 Tage vor schriftlicher Übersendung des Beschlusses des Kreisparteitages einzuladen

sind. Der Vorsitzende des Stadt-, Gemeinde- und Ortsverband des vorgenannten Verbandes und zwei durch die Versammlung der Mitglieder gewählte Personen bilden den Vorstand für die Urabstimmung im Gebiet des jeweiligen Verbandes. Über den Vorgang der Abstimmung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von den Mitgliedern des Vorstandes der Urabstimmung nach Durchführung der Abstimmung zu unterzeichnen ist. Nach Abschluss des Abstimmungsvorganges ist das Protokoll zusammen mit den Stimmzetteln dem Kreisvorstand zu übersenden.

(6) Ist in einer Versammlung der Mitglieder die Abstimmung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden, so kann der Kreisvorstand eine Wiederholung der Abstimmung beschließen.

(7) Der Beschluss des Kreisparteitages ist bestätigt, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Kreisverbandes sich für die Auflösung des Kreisverbandes aussprechen.

§ 40 (Vermögen bei Auflösung)

Über das Vermögen und die Akten des Kreisverbandes bestimmt der Landesvorstand. Das Vermögen darf nur zu partei- oder gemeinnützigen Zwecken verwendet werden.

§ 41 (Satzungsänderungen)

(1) Satzungsänderungen können nur von einem ordentlichen Kreisparteitag beschlossen werden.

(2) Die vorgesehene Satzungsänderung muss auf der Tagesordnung vermerkt sein und der Wortlaut in der Einladungsfrist den Mitgliedern bekannt gegeben werden.

§ 42 (Widerspruchsfreies Satzungsrecht)

In allen Angelegenheiten, die durch vorstehende Satzung nicht geregelt werden, gelten die Bestimmungen des Statuts der CDU Deutschlands und der Satzung des CDU Landesverbandes Sachsen sowie der auf deren Grundlage jeweils beschlossenen Regelungen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 43 (Inkrafttreten der Satzung)

Diese Satzung tritt am in Kraft.

Finanz- und Beitragsordnung des CDU Kreisverbandes Landkreis Leipzig

Aufgrund § 32 und § 33 der Kreissatzung wird nachstehende Finanz- und Beitragsordnung erlassen, die Bestandteil der Kreissatzung ist.

§ 1 Grundsätze der Finanzwirtschaft

- (1) Der Kreisvorstand trägt die Verantwortung für die gesamte Finanzwirtschaft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Kreisverband **Landkreis Leipzig**
- (2) Die Kassenführung des Kreisverbandes erfolgt in der Kreisgeschäftsstelle und ist durch die Anweisungen des Landesverbandes, der Bundespartei und den einschlägigen Bestimmungen des Parteiengesetzes geregelt.
- (3) Der Kreisverband kann durch Beschluss des Kreisvorstandes den Stadt- Gemeinde- und Ortsverbänden gestatten unter seiner Aufsicht eine eigene Kasse zu führen.
- (4) Für die Verwaltung der Mittel im Rahmen des Haushaltplanes, die Führung der laufenden regelmäßig wiederkehrenden Kassengeschäfte, die Rechtmäßigkeit der Ausgaben, die laufende Rechnungskontrolle und die Buchführung ist der Kreisgeschäftsführer zuständig und verantwortlich.
- (5) Der Kreisvorsitzende, der Kreisschatzmeister und die Rechnungsprüfer sind befugt, jederzeit Einsicht in die Finanzgeschäfte des Kreisverbandes, der nachgeordneten Gebietsverbände und der Kreisvereinigungen zu nehmen und sich von der Ordnungsmäßigkeit zu überzeugen. Sie unterrichten den Kreisvorstand über alle wichtigen Finanz- und Beitragsfragen.

§ 2 Haushaltplan

Der Haushaltsplan wird zu Beginn des Geschäftsjahres vom Kreisvorstand beschlossen. Er ist dem Landeschatzmeister zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 3 Rechenschaftsbericht

Der Finanzbericht des Kreisverbandes wird vom Kreisschatzmeister dem Kreisparteitag erstattet.

§ 4 Herkunft der Mittel

Die zur Erfüllung der Aufgaben des Kreisverbandes und seiner Untergliederungen erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:

1. Mitgliedsbeiträge sowie Sonderbeiträge von Mitgliedern, die auf Grund eines Vorschlages der Partei politische Mandate, Leitungsgremien oder andere politische begründete Führungspositionen bekleiden (Mandatsträgerbeiträge)
2. Einnahmen aus Vermögen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Dienstleistungen usw.,
3. Spenden,
4. Sonstige Einnahmen,
5. Kredite nach § 41 der Landessatzung

§ 5 Beitragspflicht

(1) Jedes Mitglied hat persönlich einen regelmäßigen Beitrag zu bezahlen, der sich nach den verfügbaren Einkommen richten soll.

(2) Die Höhe des Beitrages im Einzelnen richtet sich:

- a. nach der vom Bundesparteitag beschlossenen Beitragsstaffel in der jeweils gültigen Fassung
- b. nach der vom Kreisparteitag beschlossenen Staffel für Sonder- und Mandatsträgerbeiträge.

(3) Der Kreisverband kann allgemein jungen Mitgliedern bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die ohne nennenswertes eigenes Einkommens sind, für die Dauer des ersten Jahres der Mitgliedschaft, die persönlichen monatlichen Beiträge erlassen. Die Verpflichtung der Kreisverbände, für solche Mitglieder Beitragsanteile an den Landesverband und an die Bundespartei abzuführen, entfällt für die Dauer der beitragsfreien Mitgliedschaft. Sonderbeiträge sind von diesem Erlass des persönlichen Mitgliedsbeitrages nicht betroffen.

§ 6 Beitragseinzug

Für den Beitragseinzug ist der Kreisverband zuständig. Er wird den Einzug in der Regel selbst vornehmen. Wenn er den Beitragseinzug an seine Untergliederungen überträgt, muss durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass alle Beiträge lückenlos erfasst und abgerechnet werden.

§ 7 Spenden

(1) Bei Spenden sind die Bestimmungen des Parteiengesetzes, des Bundesstatuts der CDU und der Finanz- und Beitragsordnung der Bundespartei einzuhalten.

(2) Beitrags- und Spendenquittungen werden nur von der Bundesgeschäftsstelle, den Landes- und den Kreisgeschäftsstellen ausgestellt und sind entsprechend den Vorschriften der Finanz- und Beitragsordnung der Bundespartei zu unterzeichnen.

§ 8 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Steuerpflicht

(1) Soweit wirtschaftliche Betätigungen im Rahmen der Parteiarbeit anfallen, sind alle damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben gesondert in den Büchern zu erfassen.

(2) Soweit die nach den Steuergesetzen geltenden Freigrenzen in einem Geschäftsjahr überschritten werden, ist der Kreisverband selbst für die gesetzmäßige Versteuerung und die Abgabe der entsprechenden Steuererklärung verantwortlich.

(3) Steuersubjekt ist die Gliederung, Vereinigung oder Sonderorganisation, die unter eigenem Namen auftritt und handelt.

§ 9 Kreisverband als Arbeitgeber

(1) Alle hauptamtlichen Mitarbeiter der Kreisgeschäftsstelle werden durch den Kreisverband angestellt und bezahlt. Der Geschäftsführer wird durch den Kreisverband angestellt und bezahlt.

(2) Über die Anstellungsbedingungen der Mitarbeiter des Kreisverbandes entscheidet der geschäftsführende Kreisvorstand.

§ 10 Buchführung

Der Kreisverband ist zum ordentlichen sachgerechten Nachweis der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögens verpflichtet. Die von der Bundespartei und vom Landesverband erlassenen Vorschriften zur Rechnungslegung über einheitliche Abrechnung, Buchführung, Kontierung usw. sind zu beachten. Das gilt auch für Vereinigungen.

§ 11 Rechenschaftspflicht nach § 24 Parteiengesetz

(1) Der Rechenschaftsbericht der Kreisverbände und des Landesverbandes ist nach den Vorschriften des § 24 des Parteiengesetzes aufzustellen.

(2) Der Kreisverband und -vereinigungen haben ihren jährlichen Rechenschaftsbericht bis zum **31. März** eines jeden Jahres dem Landesverband einzureichen. Die Stadt- Gemeinde und Ortsverbände mit eigener Kassenführung haben ihren jährlichen Rechenschaftsbericht bis zum **15. Januar** eines jeden Jahres dem Kreisvorstand einzureichen. Bei Nichteinhaltung des Termins besteht für dieses Jahr kein Anspruch auf Rücklaufgelder.

(3) Die Jahresrechnung des Kreisverbandes ist durch die vom Kreisparteitag gewählten Rechnungsprüfer zu prüfen. Der Prüfungsbericht ist mindestens auf dem Kreisparteitag mit Vorstandsneuwahlen vorzutragen.

§ 12 Beitragsrückstände und ruhendes Stimmrecht

(1) Das Recht, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, ist von der Erfüllung der Beitragspflicht abhängig.

(2) Ist ein Mitglied ganz oder teilweise länger als 6 Monate gegenüber dem Kreisverband oder dem Landesverband mit seinen Beitragspflichten im Rückstand, so ruhen seine Stimmrechte.

§ 13 Zuschüsse an Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände

Die Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Rücklaufgelder erhalten. Der Rücklauf beträgt 10% des Beitragsaufkommens der jeweiligen Mitglieder nach Abzug der Abführungen an den Landes- und Bundesverband.

Dies wird aber nur gewährt, wenn auch zum Jahresende jedes Mitglied der Ortsverbände seiner Beitragspflicht nachgekommen ist.

Wo dies nicht der Fall war, erhalten diese nur 5% Rücklaufgeld.

Sonderbeiträge der Oberbürgermeister und Bürgermeister bleiben zu 50% bei den jeweiligen Stadt-, Gemeinde- und Ortsverband. Spenden verbleiben im jeweiligen Verband.

§ 14 In-Kraft-Treten

Die Finanz- und Beitragsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung am in Kraft.

Anhang zur Finanz- und Beitragsordnung des CDU Landesverbandes Sachsen

I. Beitragsregelung

1. Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig Beiträge zu entrichten.
2. Der Mindestbeitrag für eine Mitgliedschaft in der CDU Deutschlands beträgt monatlich 6 Euro.
3. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen gilt für den monatlichen Mitgliedsbeitrag ein entsprechender Orientierungsbeitrag von:

Monatliches Bruttoeinkommen (Euro)	Monatlicher Beitrag (Euro)
mind. 2.500	15
mind. 4.000	25
mind. 6.000	50
und mehr	

4. Für Mitglieder ohne eigenes Einkommen und Mitglieder mit einem Bruttoeinkommen von weniger als monatlich 1.000 Euro kann der Kreisvorstand auf Antrag des Mitglieds einen ermäßigten monatlichen Mindestbeitrag von 5 Euro festlegen. Das Recht der Kreisverbände, in weiteren besonderen Fällen, wie z.B. für Schüler, Studenten, Auszubildende, Arbeitslose oder Rentner, Mitgliedsbeiträge zu erlassen, zu ermäßigen oder zu stunden, bleibt hiervon unberührt (§ 9 Abs. 3 FBO).

5. Die Kreisverbände können einen ermäßigten Beitrag für Familienmitglieder festlegen. Die Abführung der Beitragsanteile an den Landesverband sowie an die Bundespartei bleibt dabei in voller Höhe bestehen und bestimmt sich nach den sonst für jedes Mitglied geltenden Mitgliedsbeiträgen der Ziffern 2 und 3.

Die Kreisverbände führen monatliche Beitragsanteile pro Mitglied an den Landesverband ab. Darin enthalten sind die Anteile von:

- a) 1,41 Euro an den Landesverband und
- b) 0,64 Euro an den Bundesverband.

Die Abführung nach b) an den Bundesverband verändert sich entsprechend der Beschlüsse des Bundesparteitages.

II. Sonderbeiträge von Amts- und Mandatsträgern

Amts- und Mandatsträger auf Kreisebene zahlen zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag Sonderbeiträge mindestens in Höhe von:

Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister und sonstige hauptamtliche Wahlbeamte	monatlich 2% vom Grundgehalt
Ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Ortsvorsteher	Kein Sonderbeitrag
Kreisräte, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte	Kein Sonderbeitrag

Über die Sonderbeiträge der Amts- und Mandatsträger auf Kreisebene verfügen die Kreisverbände.